

## CDU/FDP schicken Kinder ins Chaos

Landesregierung ohne schlüssige Konzepte

**Zahlreiche Eltern beklagen zu Recht eine schlechter werdende Betreuungssituation in Dortmunder Kindertageseinrichtungen, unpopuläre personelle Entscheidungen sowie viel mehr Stress, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bewältigen haben.**

Die politisch Verantwortlichen im Rat vermissen darüber hinaus schlüssige Finanzierungskonzepte für den Ausbau weiterer Plätze, die insbesondere für Kinder unter drei Jahren dringend erforderlich sind.

Schulen fühlen sich in ihrem Gestaltungswillen (verpflichtender Ganztag für Gymnasien und Realschulen) eingeschränkt und müssen Beschimpfungen der eigenen Ministerin gegen die Gesamtschulen über sich ergehen lassen.

Verursacher ist in allen Fällen die CDU/FDP-Landesregierung, die seit Einführung des sogenannten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) heftige Kritik einstecken muss und den Schulen ständig neue Erlasse zumutet, ohne zuvor schlüssige Konzepte entwickelt zu haben.

Als Beispiel führt Kinder- und Jugendausschussvorsitzender Friedhelm Sohn an, dass Eltern nach KiBiz eine Wahlmöglichkeit über die Anzahl der Betreuungsstunden haben sollen und sich danach der Landeszuschuss bemisst. Bereits drei Monate nach Einführung des neuen Gesetzes steht fest, dass die Eltern viel längere Betreuungszeiten buchen, als vom Land prognostiziert. Deshalb muss das Land mehr Geld bereit stellen als geplant. Nun wollen CDU und FDP

mit einem Trick die Ausgaben wieder begrenzen und lassen damit Eltern und Kindergartenträger im Stich.

Das Land plant, 2009 nur Gruppen für Kinder unter drei Jahren finanziell zu fördern, die eine Betreuungszeit von 25 Stunden bieten. „Damit kommen wir aber heute schon bei Kindern von drei bis sechs Jahren nicht zurecht, weil Eltern überwiegend eine Betreuung zwischen 35 und 45 Stunden benötigen“, erläutert Friedhelm Sohn. Mit dieser Absicht könne das Personal nicht mehr angemessen bezahlt werden. Auch die Betriebskosten laufen aus dem Ruder.

Ähnlich konzeptionslos stellt sich das Land im Bereich der Schulpolitik dar. Die Dortmunder CDU versucht hilflos, ihrer Ministerin zur Seite zu springen. So sollen Dortmunder Gymnasien und Realschulen gezwungen werden, Ganztagschule zu werden, obwohl kaum Geld für erforderliche Umbauten oder Personal bereitgestellt wird.

Für den Schulausschussvorsitzenden Hermann Diekneite ist es bei den unzureichenden Rahmenbedingungen verständlich, warum sich keine Schule in Dortmund bereit erklärt hat, diesen Weg zu gehen. Die SPD-Fraktion will stattdessen erst die erforderlichen Umbauten für Mensen und Aufenthaltsräume an einzelnen Standorten in Angriff nehmen, um einen Verbleib über Mittag und darüber hinaus im Schulgebäude vernünftig zu organisieren. „Erst wenn die Raum- und Verpflegungsfrage ordentlich geklärt ist, kann man über richtigen Ganztagsunterricht reden.“ so der Schullehrer Diekneite.

## Auf dem Stadthaus die Sonne anzapfen

Anlage erzeugt Strom für zwölf Haushalte

Eine Reaktion auf den Klimawandel ist die umweltschonende Erzeugung von Energie. Deshalb gibt es bereits seit Dezember 2007 auf dem Stadthaus eine Photovoltaikanlage.

Die Anlage verwandelt Sonnenenergie in Strom und speist pro Jahr eine Strommenge in das Energienetz ein, die dem Jahresverbrauch von 12 Zweipersonenhaushalten entspricht.

Darüber hinaus wird ein CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermieden, der ca. 150.000 gefahrenen PKW-Kilometern gleichkommt. In der Berswordthalle gibt es eine Anzeigentafel, die Leistung und Gesamtertrag der Anlage anzeigt. So können sich Besucherinnen und Besucher der Stadtverwaltung stets über die aktuelle Wirkung der Solarstromanlage auf dem Stadthaus informieren.



Einweihung der Anzeigentafel in der Berswordthalle



Gerti Zupfer und Nadja Lüders von der SPD-Ratsfraktion sowie Siegfried Böcker, Bezirksbürgermeister Innenstadt-Nord (SPD), im Gespräch mit den neuen „Rotkäppchen“.

## 100-mal Sicherheit in den Stadtbezirken

Ausweitung des Präsenz- und Servicedienstes

Sie sind mittlerweile ein fester Bestandteil unseres Stadtbildes: die Mitarbeiter des Service- und Präzisionsdienstes – wegen ihrer markanten Kopfbedeckung auch „Rotkäppchen“ genannt. Sie sorgen zum Beispiel dafür, dass Hunde an der Leine bleiben, Abfälle ordnungsgemäß in die Papierkörbe geworfen werden, Spaziergängerinnen und Spaziergänger nicht belästigt werden – kurzum: Sie tun alles, damit sich die Menschen in Dortmund sicher fühlen.

In die Zuständigkeit der Po-

licei greifen sie natürlich nicht ein, sondern ergänzen die Arbeit der staatlichen Ordnungshüter.

Aber nicht nur das. Der Service- und Präzisionsdienst leistet auch einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Beitrag. Denn die Streifenkräfte sind in einer Arbeitsgelegenheit mit Entgelt beschäftigt, d.h. sie werden tariflich entlohnt. Diese Beschäftigungsmaßnahme ist ein wichtiges Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt. Über 50 Prozent der Streifenkräfte konnte zuletzt dorthin vermittelt werden.



Wie hier im Evinger Eckestadion genießen die Spieler den immer beispielbaren Belag. Foto: Schmitz

## Neue Kunstrasenplätze

Ehrgeiziges Programm für Sportvereine

Der Rat hat jetzt ein ehrgeiziges Förderprogramm für Dortmunds Sportler beschlossen. Insgesamt sollen 13 neue Kunstrasenplätze entstehen, und jeder Stadtbezirk wird berücksichtigt.

So können sich die Fußballvereine in Lütgendortmund an der Idastraße, in Benninghofen auf dem Sportplatz Hüttenhospitalstraße und an der Hallesche Straße in Körne freuen. Die Ausschreibungen sind bereits soweit vorbereitet, dass Neubauten im Januar starten können. Gleiches gilt für den Sportplatz am Bummelberg in Dorstfeld. Er wurde durch das Jahrhunderthochwasser so stark beschädigt, dass er unbespielbar ist. Etwas gedulden müssen sich die Sportler in Lichtenendorf. Dort wird noch eine Verlagerung des Standortes an

die Römerstraße auf die Machbarkeit hin geprüft.

In Kirchhörde an der Kobdelle ist der Bau eines neuen Kunstrasenplatzes bereits in vollem Gange, so dass schon bald die erste fertiggestellte Anlage übergeben wird.

Parallel dazu werden in der ersten Hälfte 2009 die konkreten Planungen für die Plätze begonnen, die ab Ende des Jahres auf der Prioritätenliste stehen. Das sind die Anlagen in Huckarde am Blumenkamp, in Eving im Grävlingholz, an der Schumannstraße in der Nordstadt sowie in der Oesterstraße in Brackel. Zum Schluss folgen im Jahr 2010 in einem dritten Bauabschnitt neue Kunstrasen-Sportplätze in den Stadtbezirken Scharnhorst, Mengede und Lütgendortmund.

## Klinikum maximal

Kommunales Haus mit Hilfe von Experten sanieren

Viele deutsche Krankenhäuser stehen vor dem finanziellen Kollaps. Auch in Dortmund steht das Klinikum vor massiven Finanzproblemen. Erschwert wird die Situation durch die Landesregierung, die wichtige Reformbestrebungen des Bundesgesundheitsministeriums zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser blockiert.

Auch gibt es nach wie vor keinen Krankenhausrahmenplan für NRW, der die aktuelle Bevölkerungsentwicklung und den medizinisch-technischen Fortschritt berücksichtigt. Der Stopp der Investitionsprogramme in den Jahren 2006 und 2007 durch die CDU/FDP-Regierung hat dazu geführt, dass dem Klinikum Dortmund zugesagte Fördermittel in Höhe von rund 20 Mio. Euro für den Bau des Zentralen Operationsaals gestrichen worden sind.

Aus Sicht der SPD-Fraktion soll das Klinikum auch zukünftig ein Krankenhaus der Maximalversorgung sein. Und zwar in kommunaler Trägerschaft. Das Klinikum hat 23 Fachkliniken und Institute mit insgesamt über 1700 Betten, es hat mehr als 4000 Beschäftigte und behandelt jährlich fast 200.000 Patienten. Damit ist es für den Gesundheitsstandort Dortmund

### Ihr zu helfen ist unwirtschaftlich...

... für uns aber selbstverständlich.



Sandra M. (30), lebensgefährlich verletzt.

15 große Operationen folgen, 5 Wochen Intensivstation, 3 Monate Krankenhaus.

Behandlungskosten 194.000 €

Vergütung 108.000 €

nicht erstattet 86.000 €

So will es das Gesetz zur Krankenhausfinanzierung.

Wir fordern deshalb, dass eine leistungsgerechte Finanzierung ebenfalls selbstverständlich ist.

Wir unterstützen das Aktionsbündnis: www.rettung-der-krankenhaeuser.de

Klinikum Augsburg  
Klinikum Bayreuth · Hohe Warte  
Vivantes Klinika Berlin  
Klinikum Braunschweig  
Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen  
Klinikum Dortmund  
Städtisches Klinikum München  
Klinikum Nürnberg  
Klinikum Stuttgart

Das abgebildete Plakat ist Teil einer Anzeigenkampagne des Aktionsbündnisses „Rettung der Krankenhäuser“, an der sich auch das Klinikum Dortmund beteiligt.

und als großer Arbeitgeber in der Stadt und der Region unverzichtbar. Trotz der schwierigen Ausgangslage wird dem Klinikum von Gutachtern der Firma PWC Sanierungsfähigkeit bescheinigt. Deshalb hat die SPD-Fraktion im Rat dafür gesorgt, dass unserem Krankenhaus ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 20 Mio. Euro in Aussicht gestellt wird.

Allerdings ist ohne eine umfassende Sanierung des Klinikums mit Hilfe eines externen Sanierungsunternehmens eine Konsolidierung nicht zu erreichen. Wie überall müssen auch in Dortmund die Abläufe in-

nerhalb des Klinikums auf ihre Wirtschaftlichkeit und Effektivität hin untersucht werden. Dabei dürfen die Interessen der Patientinnen und Patienten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht außer acht gelassen werden. Die SPD-Ratsfraktion drängt darauf, so schnell wie möglich ein Sanierungskonzept zu erstellen. Dazu soll ein fachkundiger Krankenhaussanierer bis zum Jahresende seine Arbeit aufnehmen. Die Sanierung kann dann in maximal drei Jahren abgeschlossen sein. Über diesen Weg soll eine Privatisierung unseres Krankenhauses verhindert werden.

Öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema  
**Zukunft kommunaler Krankenhäuser**  
Mittwoch, 29.10.2008, um 19:00 Uhr im Rathaus Dortmund

## SPD löst Verkehrsprobleme

Für die Bezirksvertretung Hombruch haben Fußgänger und Radler Priorität

„Kinder, Fußgänger und Radfahrer haben in unserem Verkehrskonzept oberste Priorität.“ so die SPD in der Bezirksvertretung Hombruch.

Durch die Universität und den Technologiepark wuchs die Verkehrsbelastung in Barop kontinuierlich. Das Straßennetz rund um die TU war den zusätzlichen Belastungen immer weniger gewachsen. Besonders betroffen waren An der Palmweide, Emil-Figge-Straße, Baroper Straße und die Stockumer Straße. Und die „Uni-Südtangente“ erwies sich als ungeeignet.

Die SPD-Fraktion handelt angesichts der drängenden Sicherheitsprobleme und entwickelte rechtzeitig Lösungskonzepte: 1. Die Verkehre sollen ohne Umwege die Uni erreichen und von ihr abfließen. 2. Es sollen vorhandene Straßen genutzt werden 3. Der Verkehr zwischen Campus-Nord und -Süd soll den beengten Bereich der Baroper Straße in Groß-Barop nicht mehr nutzen. 4. Auf der Straße An der Palmweide soll die Verkehrsdichte fühlbar reduziert werden. 5. Die Stockumer Straße soll durch den Uni-Verkehr nicht weiter belastet werden.

Die Konzeption wurde Bestandteil der rechtskräftigen Bebauungspläne. Jetzt wird die B 1 ausgebaut und der Anschluss an die Emil-Figge-Straße hergestellt. Die Baroper Straße soll abgebaut werden, so dass der Uni-Verkehr vom Campus-Süd zum Campus-Nord die Anwoh-



Das ständig gestiegene Verkehrsaufkommen im Stadtbezirk, hier die Hagener Str./Ecke Olpketalstraße erfordert dringend eine Neugestaltung der Straßen.

ner nicht mehr belastet. Am Gardenkamp und die Verlängerung des Vogelpothswegs wird nun nördlich der Stockumer Straße ausgebaut. Mit diesem durchgehenden Straßenzug Vogelpothsweg / Am Gardenkamp wird die Anbindung der Uni an das örtliche Verkehrsnetz verbessert.

Um die Sicherheit für Kinder, Fußgänger und Radler zu erhöhen, soll Groß-Barop und die Baroper Straße möglichst nur von Anliegern genutzt werden. Nach der Fertigstellung der langwierigen Baumaßnahmen werden verkehrslenkende Vorgaben erarbeitet, wie ein Fahrverbot für LKW auf der Straße An der Palmweide. Die Straßen Am Ostenberg und Lehnertweg können vollkommen entlastet werden. Auf der Emil-Figge-Straße soll es eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 bis zum Anschluss an die NS9 geben.

Die SPD-Fraktion hat diese Pläne zur Verkehrssicherheit und -entlastung konsequent verfolgt, weiter ausgearbeitet, und der Realität angepasst.

Als weiteren Schwerpunkt ihrer Verkehrspolitik sieht die SPD in der Bezirksvertretung Hombruch die Verkehrssituation auf der Hagener Straße. Durch das hohe Verkehrsaufkommen und die ständig gewachsene Geschäftsbebauung an der Hagener Straße fordert die SPD für diese stark frequentierte Einfallstraße nach Dortmund eine Neugestaltung und einen angepassten Ausbau.

Aus Gründen der Verkehrssicherheit für Fußgänger, Kinder und Radfahrer sind dringend ausreichend Geh- und Radwege sowie Querungshilfen erforderlich. Ebenso ist die Parkplatzsituation unbefriedigend, so dass Parkbuchten in ausreichender Anzahl anzulegen sind.

**Impressum:**  
Verantwortlich für den Inhalt:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO  
Dr. Andreas Paust  
Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231 / 574513 Fax: 579147  
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de

Sie nutzen das Internet? Sie haben email?  
Dann besuchen Sie uns unter  
[www.spd-fraktion-dortmund.de](http://www.spd-fraktion-dortmund.de)  
und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!